

Steht das Trierer Gericht unter der Fuchtel des Bischofs?

Ein Mainzer Gericht hat einem Missbrauchsoffer ein hohes Schmerzensgeld zugesprochen. Ein Vorbild auch für andere Gerichte? Wohl kaum für Trier, meint die Opferorganisation Missbit und teilt wieder einmal kräftig aus.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Diese Entscheidung sorgte vor wenigen Tagen bundesweit für Schlagzeilen: Das katholische Bistum Mainz hat sich in einem Vergleich vor dem Mainzer Landgericht dazu verpflichtet, einem Opfer sexualisierter Gewalt insgesamt 340.000 Euro zu bezahlen. Der Betroffene war ab 1986 in einem Alter von elf Jahren von einem katholischen Priester jahrelang missbraucht worden. Weil er die vom Bistum später gezahlte Entschädigung als zu gering empfand, war der Mann anschließend vor Gericht gezogen.

Was dem Kläger als Schmerzensgeld zuerkannt wurde Die Schmerzensgeldklage endete nun in einem Vergleich, der seine Wirkung nicht verfehlen dürfte. Denn die dem Kläger insgesamt zuerkannten 340.000 Euro sind eine der bislang höchsten Zahlungen einer deutschen Diözese. In einem ähnlich gelagerten Fall hatte das Kölner Landgericht vor zwei Jahren einem als Messdiener missbrauchten Kläger 300.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen.

Im Bistum Trier war ein ehemaliges Opfer dagegen schon im Anlauf gescheitert. Ein Antrag auf Prozesskostenhilfe für eine Schmerzensgeldklage wurde in zwei Instanzen



Die Trierer Missbit-Vorstände Hermann Schell (links) und Thomas Kiessling.

FOTO: DPA

abgelehnt – erst vom Trierer Landgericht und dann vom Koblenzer Oberlandesgericht. Die Richter argumentierten, dass die Klage des Mannes gegen das Bistum keine Aussicht auf Erfolg habe. Begründung: Die mehr als 50 Jahre zurückliegenden Taten seien verjährt, und das Bistum Trier habe die sogenannte Einrede der Verjährung erhoben. Heißt: Das Bistum verweigerte eine Zahlung unter Hinweis darauf, dass die Vorwürfe verjährt seien. Ein Verzicht auf dieses Recht wäre allerdings möglich gewesen.

Mainzer Landgericht lässt Verjährung

Argument nicht gelten Auch in dem Mainzer Fall hatte das dortige Bistum nach einem Bericht der Mainzer Allgemeinen mit einer Verjährung der Taten argumentiert. Dies habe aber das zuständige Landgericht nicht gelten lassen, da dem Mann aufgrund der erlebten Traumatisierung eine deutlich längere Verjährungsfrist zustehe.

„Ein ermutigendes Signal“, kommentierte der Sprecher der Trierer Opfervereinigung Missbit, Hermann Schell, das Mainzer Urteil. In Zukunft würden jetzt wohl weitere Gerichte dieser Einschätzung folgen. In Bezug auf das Trierer

Landgericht hält sich Schells Optimismus allerdings in Grenzen. Zwar seien weitere Klagen in Vorbereitung. Allerdings sei es „derzeit wohl nicht empfehlenswert, vor dem Landgericht Trier zu klagen“, sagte der Missbit-Sprecher auf Anfrage unserer Redaktion. „Offensichtlich ist die Nähe zum Bistum und Bischof Stephan Ackermann zu groß.“

Bistum Trier sieht keine Auswirkungen durch Mainzer Vergleich Damit suggeriert Schell zumindest indirekt, dass die Trierer Richter unter Fuchtel der katholischen Kirche

stehen. Den Trierer Bischof wiederum sieht die Opferorganisation nach dem Mainzer Urteil in der Pflicht, seine Strategie zu überdenken. Die Forderung von Schell: Stephan Ackermann solle „das unmoralische Plädieren auf Unkenntnis und die billige Einrede der Verjährung unterlassen und in Vergleichsverhandlungen eintreten“.

Die Antwort aus dem Generalvikariat fällt denkbar knapp aus. Man sehe durch das aktuelle Urteil des Mainzer Landgerichts „keine Auswirkungen auf den Umgang mit Forderungen von Missbrauchsoffern im Bistum Trier“, sagte eine

Sprecherin dem Volksfreund. Jeder Fall sei individuell zu betrachten.

Ähnlich hatte sich das Bistum auch schon nach dem Urteil des Trierer Landgerichts geäußert. Die sogenannte Einrede der Verjährung sei „nicht als generelle Linie für eventuelle weitere Klagen gegen das Bistum Trier zu verstehen“. Im Fall des nach seinen Angaben als Schulkind von einem Pfarrer an der Mosel vergewaltigten Klägers habe man dies nur gemacht, weil aus der Personalakte des Geistlichen „keine Hinweise auf Fehlverhalten im Kontext eines sexuellen Missbrauchs“ zu entnehmen seien.

Vernichtendes Urteil über Führung der Personalakten Eine Aussage, bei der man zwangsläufig an den Ende 2023 veröffentlichten zweiten Zwischenbericht der Aufarbeitungskommission denken muss. Darin wird den Bistumsverantwortlichen bescheinigt, dass es bei der Führung der Personalakten keinen Hinweis darauf gebe, „dass die Versäumnisse und Fehler in der Aktenführung abgestellt worden seien“. Eine ziemliche Bankrotterklärung.

Zurück zu den möglichen Auswirkungen des Mainzer Vergleichs: Auch wenn Missbit derzeit von weiteren Klagen vor Trierer Gerichten abrät, schließen sie die Opferorganisation auch nicht. Neue Klagen würden eingereicht, „wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist“, sagte Missbit-Sprecher Hermann Schell unserer Redaktion.

Auf weitere Entschädigungszahlungen an ehemalige Missbrauchsoffer ist das Bistum derweil vorbereitet. Nach Angaben einer Sprecherin wurden in der aktuellen Bilanz dafür Rückstellungen in Höhe von 1,1 Millionen Euro gebildet. Knapp vier Millionen Euro sind schon in der Vergangenheit geflossen.

Schweitzer unter Druck: Wie die Ampel-Koalition ums Klima streitet

Die rheinland-pfälzische Ampel ist beim Klimaschutz gespalten. Wenige Tage vor der Abstimmung im Landtag gibt es noch immer keine Einigung im Streit. Nun kommt es auf den Ministerpräsidenten an.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) steht kurz vor seinem Jubiläum. Im Juli vor einem Jahr löste der Pfälzer die langjährige Regierungschefin Malu Dreyer an der Spitze des Landes ab. Dreyer wurden exzellente Führungsqualitäten nachgesagt. Streits löste sie intern, kaum etwas drang nach außen aus der rheinland-pfälzischen Ampel-Koalition. Dass Schweitzer dieses Bündnis genauso zusammenhalten kann, wird er nun rund um sein Jubiläum zeigen müssen. Denn in der Koalition knirscht es heftiger als jemals zuvor. Der Grund: das Klima.

Kommende Woche will die Regierung ihr neues Klimaschutzgesetz durch den Landtag bringen. Rheinland-Pfalz soll demnach bis 2040 klimaneutral werden. Der Ministerrat hatte das Gesetz im vergangenen November eigentlich schon abgenickt. Doch seitdem mehren sich Zweifel und Protest – innerhalb der Koalition wie auch von außen. Plötzlich stand die Zahl 2040 wieder infrage.

FDP will noch übers Klimagesetz verhandeln Seit Tagen schon ringen die drei Partner um eine Einigung, doch bislang kommt Schweitzers Regierung nicht auf einen Nenner. Für Freitagmorgen war eigentlich eine Lösung erwartet worden. Der Klimaausschuss des Landtags beschäftigte sich da abschließend mit dem Gesetz. Bei Gesetzgebungsverfahren werden Differenzen bis zu diesem Zeitpunkt eigentlich ge-

klärt. So war es diese Woche auch in letzter Minute beim Landesjagdgesetz gelungen. Beim Klima aber: Fehlanzeige. Die Koalitionsfraktionen stimmten dem Gesetz zwar zu, um die Stimmung nicht weiter anzuheizen. Aber inhaltlich werde noch zu reden zu sein, kündigte die FDP offen an.

Vier Tage bleiben der Ampel zur Einigung Nun bleiben der Ampel noch vier Tage, sich über den Klimaschutz im Land einig zu werden. So kurz vor der Abstimmung stehen Gesetze in Rheinland-Pfalz eigentlich nie auf der Kippe. Das liegt auch am Protest von außen. Insbesondere die Unternehmer machen mobil gegen das geplante Gesetz. Sie sehen den Standort bedroht, fürchten den Verlust von Arbeitsplätzen. Am liebsten hätten sie gar kein Gesetz. Zumindest aber soll die Zahl 2040 verschwinden – nicht zu schaffen für die Industrie, sagen sie.

Seit den heftigen Protesten sind offenbar auch bei Schweitzer die Zweifel gewachsen. Er hat zwar nie einen Hehl daraus gemacht, dass es beim Klima-Gesetz um einen Wunsch der Grünen geht. Vor wenigen Wochen aber noch stellte er vor den Unternehmern klar: Die 2040 bleibt.

Doch spätestens seit dieser Woche laufen wieder ernsthafte Gespräche in der Regierung übers Klima. Aus Koalitionskreisen heißt es, dass Schweitzer vor der Landtagswahl keinen Streit mit der Wertschöpfungskette riskieren wolle. „Dass der SPD der Burgfrieden mit den Grü-



Uneinig wie selten: Schmitt (FDP), Binz (Grüne) und Schweitzer (SPD) führen die rheinland-pfälzische Ampel-Koalition.

FOTO: DPA

nen offenbar wichtiger ist als sichere Arbeitsplätze, hätte ich nicht erwartet“, hatte der Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen Unternehmerverbände, Karsten Tacke, ihm vergangene Woche vorgeworfen.

Grüne: Klimaneutralität 2040 unverhandelbar Klimaschutzministe-

rin Katrin Eder (Grüne) stellte diese Woche dann klar, dass die Zahl unverhandelbar sei – und berief sich dabei auf den Koalitionsvertrag. Dass Grüne oder FDP die Koalition im Streit um diese Frage tatsächlich platzen lassen können, befürchtet derzeit keiner mehr. Die Fronten in der Ampel aber sind verhärtet, die Zerreißprobe noch nicht endgültig

überstanden. Führende Regierungsmitglieder arbeiten an einem Kompromissvorschlag, heißt es aus der Koalition. Wie dieser aussehen soll, dazu will sich noch keiner genau äußern. Klar ist nur: Er soll gesichtswahrend für alle sein.

Die FDP muss ihrer Kernklientel aus der Wirtschaft zumindest etwas vorweisen. Schweitzer und

die SPD auch den Gewerkschaften, die gemeinsam mit den Unternehmen protestieren. Und die Grünen werden bei ihrem Kernthema und Aushängeschild der Wahlperiode den Partnern nicht besonders weit entgegenkommen. Dafür war das Gesetz im Laufe der Monate auch schon zu weit entschärft worden.

Der sogenannte rheinland-pfälzische Weg, alle relevanten Kräfte von Beginn an in den Prozess einzubinden, er funktionierte beim Klimagesetz nicht wie üblich. Deswegen der heftige Protest, deswegen noch kein fertiges Gesetz. In der Koalition lastet man das auch Regierungschef Schweitzer an, der die Wucht nicht früh genug erkannt und unterschätzt habe. Er müsse jetzt die Kuh von Eis holen, heißt es.

CDU will namentliche Abstimmung über Klimagesetz Auch die Opposition macht Druck. Die CDU hat für die Landtagssitzung am kommenden Mittwoch eine namentliche Abstimmung beim Gesetz beantragt. Jedem müsse bewusst sein, welche Auswirkungen das hat, heißt es von den Christdemokraten.

Die Grünen zeigen sich derweil entsetzt darüber, welch geringen Stellenwert der Klimaschutz im aktuellen Zeitgeist genieße. Man habe gerade den Eindruck, dass wir keinen Klimawandel haben, sagte Klimaschutzministerin Eder diese Woche. Dabei sei Rheinland-Pfalz besonders stark davon betroffen.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch